



Wirtschaftswissenschaftliches und technologisch-naturwissenschaftliches
Gymnasium der Stadt Bayreuth

Grundwissen Geschichte Klasse 9

Wichtige Jahreszahlen:

1918: Ende des Ersten Weltkriegs / Versailler Vertrag

1923: Inflation / Hitlerputsch

1929: Beginn der Weltwirtschaftskrise

30.01.1933: Hitler wird Reichskanzler

1933: Ermächtigungsgesetz

09.11.1938: Novemberpogrom

1939: Beginn des Zweiten Weltkriegs

20.07.1944: Bekanntestes Attentat auf Hitler

08./09.05.1945: Bedingungslose Kapitulation Deutschlands

23.05.1949: Grundgesetz

1949: Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

17.06.1953: Aufstand in der DDR

1961: Mauerbau

1961/1962: Kuba-Krise

1963: Deutsch-französischer Vertrag

Wichtige Begriffe:

Weimarer Republik und Nationalsozialismus:

Vertrag von Versailles

Friedensvertrag nach dem Ersten Weltkrieg, der im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles besiegelt wurde. An gleicher Stelle wurde 1871 das Deutsche Kaiserreich ausgerufen. Der Vertrag von Versailles wurde u. a. als „Diktatfriede“ bezeichnet.

Völkerbund

Internationale Organisation (bestehend aus den Siegermächten des Ersten Weltkriegs ohne die USA), die durch Präsident Wilson nach dem Ersten Weltkrieg ins Leben gerufen wurde. Mit Hilfe des Völkerbundes, der seinen Sitz in Genf hatte, sollte der Weltfrieden gesichert werden.

Gewaltenteilung

Aufteilung der Staatsgewalt in Exekutive, Legislative und Judikative.

Weimarer Verfassung

Die seit 1919 geltende Weimarer Verfassung war die erste praktizierte demokratische Verfassung in Deutschland. Sie basierte auf dem Prinzip der Gewaltenteilung. Der Reichspräsident hatte aufgrund der Artikel 48 und 25 eine herausragende Stellung inne. Die Grundrechte waren noch nicht einklagbar.

Inflation

Geldentwertung, die eine Erhöhung der Preise zur Folge hat. Bis 1923 verlor die deutsche Währung massiv an Wert, da die Praxis des „Gelddruckens“ nach dem Ersten Weltkrieg verheerende Folgen hatte.

„Machtergreifung“

Am 30.01.1933 wurde Adolf Hitler durch Reichspräsident Karl von Hindenburg im gesetzlichen Rahmen der Weimarer Verfassung zum Reichskanzler ernannt. Die nationalsozialistische Propaganda bezeichnete diese Amtsübertragung als „Machtergreifung“.

Nationalsozialismus

Nach dem Ersten Weltkrieg entstandene rechtsradikale Bewegung, die nationalistische und demokratiefeindliche Ziele vertrat.

Zentrale Aspekte der nationalsozialistischen Ideologie: Antisemitismus, das Führerprinzip, die Volksgemeinschaft, die Überzeugung vom „arischen Herrenmenschen“, Überwachung und Terror.

Antisemitismus

Abneigung / Feindschaft gegenüber Juden.

Drittes Reich

Adolf Hitler propagierte immer, er wolle ein erfolgreiches Drittes „Tausendjähriges Reich“ aufbauen, das in der Nachfolge der anderen beiden „vorbildlichen“ Reiche stünde:

Erstes Reich: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation 962-1806

Zweites Reich: Deutsches Kaiserreich 1871-1918

Ermächtigungsgesetz

Ermächtigungsgesetz war die Bezeichnung für das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das der Reichstag 1933 erlassen hat. Dieses Gesetz ermöglichte es der nationalsozialistischen Reichsregierung ohne Mitwirkung des Reichstages Gesetze zu erlassen. Die Gewaltenteilung gab es nicht mehr.

Gleichschaltung

Mit Hilfe der Gleichschaltungsgesetze sollte jegliche Opposition ausgeschaltet werden. Die NSDAP wurde die einzige Staatspartei, der Föderalismus wurde aufgehoben, die Gesetzgebung und die Verwaltung wurden zentralisiert, Interessenverbände wurden entweder verboten oder durch systemkonforme NS-Organisationen ersetzt. Alles, auch Presse und Kultur wurden durch den Staat kontrolliert.

„Nürnberger Gesetze“

Der Begriff bezeichnet das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. So hatten ab 1935 nur „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ Anrecht auf das „Reichsbürgerrecht“ und damit auf die „vollen politischen Rechte“.

Verbindungen zwischen Deutschen und Juden waren zudem gesetzlich verboten.

Die Nürnberger Gesetze stellten die juristische Basis für die Diskriminierung und Verfolgung der Juden dar.

Systematische Vernichtung der europäischen Juden

Im „Dritten Reich“ wurden 6 Millionen Juden ermordet. Dieser Völkermord (Genozid) wurde in Vernichtungslagern systematisch durchgeführt.

Shoa (Holocaust)

Bezeichnungen für den systematischen Massenmord an den europäischen Juden. Im jüdischen Sprachgebrauch wird der Begriff „Shoa“ (hebr.: „großes Unheil“ / „Katastrophe“), anstelle des Begriffs „Holocaust“ (griech.: „Brandopfer“) bevorzugt.

Konzentrationslager / Vernichtungslager

Ab 1933 errichteten die Nationalsozialisten Konzentrationslager, in denen Gegner jeglicher Art inhaftiert wurden und unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mussten.

Ab 1941 wurden zusätzlich Vernichtungslager im Osten gebaut, in denen vor allem Angehörige des jüdischen Glaubens getötet werden sollten.

Münchener Abkommen

Endabkommen der Münchener Konferenz 1938 zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland, laut derer die Tschechoslowakei das Sudetenland an Deutschland abtreten musste, ohne irgendein Mitspracherecht gehabt zu haben.

Nachkriegszeit:

Konferenz von Potsdam

Vom 17.07. 1945 – 02.08.1945 trafen sich die Regierungschefs der alliierten Siegermächte (Großbritannien, USA, Sowjetunion) in Potsdam, um über die Zukunft Deutschlands nach dem Krieg zu entscheiden.

Zentrale Inhalte waren die sogenannten 5 „Ds“ (Demokratisierung, Denazifizierung, Demontage, Dezentralisierung und Demilitarisierung), die Verschiebung der polnischen Grenze nach Westen und die Umsiedelung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten.

Flucht und Vertreibung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ca. 12 Millionen Deutsche aus dem Osten (deutsche Ostgebiete, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei) vertrieben.

Die Vertreibung erfolgte in drei Wellen:

- Flucht vor der Roten Armee
- Flucht vor der heimischen Bevölkerung
- Vertreibung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens

Besatzungszonen

Der Begriff bezieht sich ausschließlich auf Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Er bezeichnet die Besatzungsgebiete der vier alliierten Siegermächte (GB, USA, SU, F), in die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg aufgeteilt war. Berlin hatte einen Viersektorenstatus inne.

Entnazifizierung

Laut dem Potsdamer Abkommen sollten die Nationalsozialisten bestraft werden und aus allen staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Stellen entfernt werden.

Um die Schuld jeweils festzustellen, wurden von den Amerikanern sogenannte Spruchkammern eingerichtet.

Währungsreform

Nach dem Zweiten Weltkrieg drohte Deutschland erneut eine Inflation. Um das zu verhindern, wurde im Juni 1948 in den westlichen Besatzungszonen eine Währungsreform durchgeführt. Auf die Reichsmark folgte die Deutsche Mark.

Deutsche Frage

Ab 1949: Wann würde es wie gelingen, aus dem zweigeteilten Deutschland einen einheitlichen Staat zu machen?

Die Welt unter dem Einfluss des Kalten Kriegs:

Kalter Krieg

Bezeichnung für den Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion, der nicht mehr mit „heißen“ Schuss- / Atomwaffen geführt wurde, sondern mit „kalten“ Waffen, wie z. B. Wettrüsten, Spionage usw.

Westintegration

Bezeichnung für die Integration der Bundesrepublik in wirtschaftliche und politische Organisationen und Bündnisse (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Nordatlantik-Pakt usw.) des sogenannten „Westblocks“. Man näherte sich den USA und Westeuropa an.

NATO (North Atlantic Treaty Organization)

Da der Einflussbereich der Sowjetunion sich immer mehr ausdehnte, schlossen sich 1949 zwölf Staaten Europas und Nordamerikas zu einem Militärbündnis zusammen. Heute sind 28 Staaten Mitglied der Nato. Wichtigstes Ziel ist der Einsatz für Frieden und Freiheit und deren Verteidigung.

Warschauer Pakt

Der „Warschauer Pakt“ stellte ein Militärbündnis kommunistischer Staaten Europas, das aufgrund der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik unter Führung der Sowjetunion 1955 in Warschau gegründet wurde, um einen Gegenpol zur Nato zu haben. Mitglieder waren die Staaten Albanien, Bulgarien, DDR, Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und die Sowjetunion. 1961 trat Albanien aus; mit der Auflösung des Ostblocks wurde 1991 auch das Bündnis aufgelöst.

Europäische Einigung

1957 schlossen sich die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien sowie die Beneluxstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen. Es erfolgte eine Verschmelzung mit der Montanunion und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG), der weitere europäische Staaten beitraten. 1992 wurde der Maastrichter Vertrag über unterzeichnet. Zukünftige Zielsetzungen der EU waren u. a. die Errichtung der Währungsunion 1999 sowie die Verwirklichung einer politischen Union.

Nahostkonflikt

Am 14. Mai 1948 wurde in Palästina der Staat Israel gegründet. Dies führte zu einem Konflikt mit den Palästinensern und der arabischen Bevölkerung, da Gebietsansprüche nie geklärt worden sind. Der Nahostkonflikt ist bis heute nicht geklärt.

Nord-Süd-Konflikt

Spannungsverhältnis zwischen den reichen, hochentwickelten Industrieländern der nördlichen Halbkugel und den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Konfliktbereiche: Wirtschaft, Politik, Soziales. Die Entwicklungsländern fordern eine neue Weltwirtschaftsordnung, um die bestehenden Ungerechtigkeiten des Weltwirtschaftssystems zu beseitigen. Dieses Ziel will man über eine völlige Neu- und Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen erreichen.

UNO (United Nations Organization)

Auf der Grundlage der UN-Charta (eine Art „Weltverfassung“) gründeten 51 Nationen am 26.06.1945 in San Francisco die UNO. Die Vereinten Nationen (193 Mitgliedsstaaten) wollen den Weltfrieden sichern und die Achtung der Menschenwürde garantieren.